

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 33/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn-d



Inhalt

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der SPD, begrüßt das Steuerprogramm der Bundesregierung und sichert den Gemeinden wirksamen Ausgleich für den Wegfall der Lohnsummensteuer zu.

Seite 1/2

Dr. Helmut Rothenmund MdL, Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD, warnt vor dem totalen CSU-Staat.

Seite 3-5

Björn Engholm MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, empfiehlt flankierende Information zu einer bevorstehenden US-Fernsehserie über Judenverfolgung in Deutschland.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 161

23. August 1978

Ausgleich ist den Gemeinden sicher

Ein Steuerprogramm von sozialdemokratischem Zuschnitt

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In diesem Sommer hat die Bundesregierung wichtige wirtschafts- und steuerpolitische Beschlüsse gefaßt. Die Diskussion über einige Einzelheiten wird so schnell nicht verstummen. Es wäre allerdings eine Schande, wenn über aktuellem Streit die entscheidenden Elemente des Programms in Vergessenheit gerieten:

Die Milderung des Tarifsprungs liegt auf der richtigen Linie. Die Erhöhung des Kindergeldes, die Verlängerung des Mutterschaftsschutzes und - eine alte Forderung - die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte sind Maßnahmen, die den Bürgern deutlich machen, daß das soziale Netz auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gefestigt und ausgebaut wird. Die erhebliche Aufstockung der Mittel für den Umweltschutz und für die Forschungsförderung schließlich zählen zu jenen Punkten, die wir als ein Stück Zukunftssicherung verbuchen können. Nur mit Hilfe gezielt eingesetzter öffentlicher Mittel werden die Modernisierung und die Umstrukturierung unserer Wirtschaft vorangetrieben werden können. Neue Arbeitsplätze wachsen nicht von allein. Dafür muß man etwas tun. Dafür muß man vor allem auch In-

industrien fördern, die wenig Energie und wenig Rohstoffe verbrauchen und umweltfreundlich sind. Die Bundesregierung hat mit dem Programm dieses Sommers gerade auch unter diesem Gesichtspunkt den richtigen Weg eingeschlagen. Und es kann gar kein Zweifel sein, daß das Programm insgesamt von der Sozialdemokratischen Partei unterstützt wird.

Nun gehört zu diesem Programm auch der Plan, die sogenannte Lohnsummensteuer abzuschaffen. Der Bundesfinanzminister hat diese Steuer ein "Monstrum" genannt und in der Sache damit sicher Recht gehabt. Doch dies ist, wie wir wissen, nur die eine Seite. Vor allem die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und im Norden der Bundesrepublik sind auf diese Steuer angewiesen, wenn sie ihren öffentlichen Aufgaben nachkommen wollen. Aufgaben, die gar nicht hoch genug veranschlagt werden können. Deshalb hatte das Bundeskabinett in seine Beschlüsse auch auf diesen wichtigen Punkt hingewiesen: die Lohnsummensteuer soll erst dann wegfallen, wenn die betroffenen Gemeinden wirksam einen Ausgleich erhalten haben. Die sozialdemokratischen Oberbürgermeister Nordrhein-Westfalens, die allesamt mit einem gewichtigen Wählerauftrag ausgestattet sind, haben meine volle Unterstützung, wenn sie darauf bestehen, daß diese Klausel eingehalten wird; ich habe dies auch in meiner Mannheimer Rede vom vergangenen Sonntag deutlich gemacht. Die Finanzlage unserer Gemeinden ist ohnehin schwierig genug. Nicht nur der Finanzminister, auch der Bundeskanzler haben jetzt noch einmal versichert, daß die Ausgleichsverhandlungen erfolgreich zum Abschluß gebracht sein müssen, ehe die Lohnsummensteuer wegfallen kann.

Nun haben wir in den letzten Tagen einen Vorgeschmack von den enormen Schwierigkeiten bekommen, die einer raschen und einvernehmlichen Regelung im Wege stehen. Wer an einem Rädchen dreht, setzt eben viele andere auch in Gang. Dortmunds Oberbürgermeister Günther Samtlebe wußte, wovon er sprach, als er die Quadratur des Kreises leichter nannte.

Wenn eine Neuregelung zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht zustande gebracht wird, dann wird dieser Teil des Programms wohl erst später in Kraft treten können. Dies heißt nicht, wie einige freidemokratische Kollegen zu befürchten scheinen, das Paket aufzuschnüren. Denn ich wiederhole, die Bundesregierung selbst hat diese Möglichkeit - nein, Notwendigkeit - ins Auge gefaßt, als das Ganze verabschiedet wurde. Änderungen in unserem Steuersystem sind kein Selbstzweck, sie sollen den Bürgern nutzen und müssen deshalb nicht übers Knie gebrochen werden.

(-/23.8.1978/ks/hgs)

Der totale CSU-Staat

Von der Pfründewirtschaft, der Verfilzung und dem Machtmißbrauch in Bayern

Von Dr. Helmut Rothemund MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Pfründewirtschaft, Verfilzung und Machtmißbrauch haben sich im Freistaat Bayern breit machen können. Dies müssen wir Sozialdemokraten immer wieder feststellen, während der letzten 21 Jahre, in denen die CSU an der Regierung war, und besonders in der letzten Legislaturperiode, in der sich diese Partei auf eine 62-Prozent-Mehrheit berufen konnte.

Die bayerischen Sozialdemokraten haben die eklatantesten Entgleisungen dieser selbstherrlichen und arroganten Regierungs- und Mehrheits-Partei CSU zusammengestellt: Die Dokumentation "Der totale CSU-Staat" wartet nicht mit neuen Enthüllungen auf, sondern sie versucht einiges in Erinnerung zu rufen, was in der Hektik der Tagespolitik vielleicht schon in Vergessenheit geraten ist, was aber der bayerische Bürger wissen sollte, wenn er am 15. Oktober dieses Jahres zur Wahl geht. Auch können nicht alle Skandale und Affären in und um diese Partei vollständig wiedergegeben werden, denn dazu wäre ein Band im Lexikon-Format notwendig.

Die Zahlen, Daten und Fälle, alle belegbar und belegt, lassen das wahre Gesicht dieser CSU erkennen: Das Gesicht einer Partei, das von Arroganz zerfurcht, von Pfründewirtschaft, Verfilzung und Machtmißbrauch gezeichnet ist. Es hilft der CSU nichts mehr, daß sie mit dem massiven Einsatz aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel den Eindruck hervorzurufen sucht, in Bayern sei alles in Ordnung.

Die Tünche ist bröckelig geworden: In Bayern unter der CSU ist nicht alles in Ordnung; das zeigt diese Partei schon mit ihrer

Pfründewirtschaft

Ein unerträgliches Pfründen-Unwesen hat sich in Bayern breitgemacht. CSU-Chef Strauß selbst prangerte es in einer denkwürdigen Stunde an: "Die Verquickung von Politik und Pfründen muß ein Ende haben!" Angesprochen waren damals seine Parteifreunde.

Waren vorher schon mit Dr. Rudolf Eberhard, Heinrich Junker, Dr. Robert Wehgartner und Gerhard Wachter vier ehemalige Mitglieder des Kabinetts Goppel in hochdotierte Posten in staatlichen oder halbstaatlichen Unternehmen abgewandert, so folgten 1976/77 Innenminister Merk und Finanzminister Huber. Zwar waren die Stühle des Landesbankpräsidenten (der ehemalige Innenminister Junker durfte vor seiner Pension noch elf Monate darauf sitzen, ehe Huber nachrückte) und des Vorsitzenden des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes (hier saß ein Dr. Grasmeyer, der dann zum Stellvertreter des Landesbankpräsidenten avancierte) keineswegs frei, doch wurden sie unter geschickter Regie freigemacht, wobei alle Beteiligten mit dem Ergebnis zufrieden sein können. Freilich dauerte die Wechselei insgesamt sechzehn Monate, das Kabinett degradierte zur "Übergangsregierung" und Strauß riet jedem Politiker zu seiner eigenen "Eventualitätsfallplanung".

Bei dieser Pfründesuche kann dann freilich auf "Kleinigkeiten" wie eine entsprechende Qualifikation keine Rücksicht genommen werden: Vermessungsingenieur Junker stand einer

Großbank vor und Landwirtschaftsrat Wacher wurde gar Vorstandsmitglied eines Berg-, Hütten- und Salinenwerkes. Doch sie alle brachten die Empfehlung mit, CSU-Mitglied und Kabinettsmitglied a.D. zu sein.

Natürlich ist hier der Begriff "Chancengleichheit" ein Reizwort für die CSU. Wie groß sind die Chancen eines qualifizierten Mannes gegen politische Prominenz im Staatssekretärs- oder Ministerrang, wenn das Wahlgremium noch zu einem wichtigen Teil aus Ministerialbeamten besteht, die von eben dieser Prominenz bestellt worden sind?

Die SPD wollte am 18. Januar 1978 das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung geändert wissen und dieser Praxis einen Riegel vorschieben. Die CSU hat den Antrag abgelehnt: Offenbar will sie weiterhin so verfahren, auch wenn sie damit ihren eigenen Vorsitzenden Strauß bloßstellt.

Verfilzung

Was in Bayern möglich ist, wenn man in den richtigen Positionen die richtigen Freunde hat, demonstrierte Sebastian Dimpflmaier, seines Zeichens Landwirt, Limonadenfabrikant und CSU-Mitglied in Mittbach östlich von München. Er ist Besitzer eines Areals saurer Wiesen, die er mit Wochenendhäusern bebauen wollte. Eine Baugenehmigung war nicht zu erlangen - das Gelände liegt mehrere Kilometer außerhalb der Ortschaft.

Dimpflmaier erinnerte in einem Brief an Erich Kiesl, damals Staatssekretär im Innenministerium und heute Oberbürgermeister von München, daran, bei der CSU zu sein und "für die CSU stets eine offene Hand" zu haben. Worauf ihm Kiesl prompt antwortete, er "würde es sehr begrüßen, wenn die Angelegenheit möglichst bald zum Abschluß käme", um fortzufahren: "Um dies zu beschleunigen, werde ich veranlassen, daß die nachgeordneten Behörden - soweit ihre Zuständigkeit begründet ist - die Sache bevorzugt behandeln werden."

Das war 1975. Heute nun gibt es den Erschließungsvertrag mit dem Landratsamt Erding, das das Projekt aus gutem Grund bis dahin stets abgelehnt hatte.

Was für die Beziehungen des einfachen CSU-Mitglieds gilt, gilt dann erst recht für die gehobenen Ränge. So erhielt Gerold Tandler, immerhin Generalsekretär dieser "Beziehungs"-Partei, aus Mitteln des Fremdenverkehrsprogramms der bayerischen CSU-Regierung eine runde Million DM zinsverbilligtes Darlehen, um das Hotel "Zur Post" in Altötting kaufen und umbauen zu können.

Tandlers "Post", kaum eröffnet, wurde auch gleich zum Tagungsort eines internationalen Treffens bestimmt - für ein Seminar der Europäischen Akademie Bayern e.V. (Vorsitzender: CSU-Justizminister Karl Hillermeier). Inzwischen finden dort auch Tagungen des Bayerischen Roten Kreuzes (Vorsitzender: CSU-Ministerpräsident Alfons Goppel) statt.

Die CSU-Mitglieder haben viele Namen für die eine Sache: Der "heiße Draht" in die bayerischen Ministerien, der "kurze Draht" nach München, "Vitamin B - B wie Beziehungen". Gemeint ist die Beziehungsdemokratie der CSU, die ein CSU-Oberbürgermeister rechtfertigt: Beziehungen "wie beim Auto- oder Kühlschranksbau", wo ja auch "jeder stolz darauf" sei.

Machtmißbrauch

Zuerst wurde den acht FDP-Abgeordneten der Fraktionsstatus aberkannt, dann wurden über Liste gewählte Abgeordnete zu Parlamentariern "zweiter Klasse" degradiert und

damit 60 von 64 SPD-Abgeordneten ausgeschaltet. So begann die CSU zu Beginn dieser Legislaturperiode den Mißbrauch ihrer Macht und sie setzte ihn in gesteigerter Weise fort.

"Macht geht vor Recht!" An diesen Ausspruch des preußischen Landtagsabgeordneten der Bismarckzeit, Graf Schwerin, wird man in Bayern häufig erinnert, seit hier die CSU eine 62-Prozent-Mehrheit hat. Denn der Mißbrauch der Macht, sei es im Parlament und in seinen Ausschüssen, sei es in der Regierung oder in den Ministerien, hat inzwischen unglaubliche Formen angenommen. Andersdenkende Minderheiten - Kennzeichen der Demokratie, dürfte es im Machtsinne der CSU eigentlich gar nicht mehr geben. Diese Minderheiten in allen Spielarten mit Repressalien zu belegen, gehört heute in Bayern zum politischen Tagesgeschehen.

Ein besonders trauriges Kapitel sind die Untersuchungsausschüsse, fünf an der Zahl. Soviele mußten nur in der ersten Legislaturperiode nach dem Krieg eingesetzt werden, als noch alles drunter und drüber ging. Immer wieder versuchte die CSU den Untersuchungsauftrag zu beschneiden, um ihr unangenehme Themen zu verhindern, lehnte Zeugeneinvernahmen ab und beschränkte Aufklärungsversuche, wo es nur ging.

Besondere Aktivitäten entwickelt die CSU-Regierung auf dem Gebiet des "Radikalenerlasses", dessen bayerische Handhabung berüchtigt ist. So scheute sich das Kultusministerium keineswegs, Einschüchterung und Berufsverbotsdrohung in die Schulen zu tragen. Anstatt eine Landesschülerversammlung zu genehmigen, wie es selbstverständlich wäre, hat es bekanntgegeben, daß Schüler, die dort Mitglied sind oder mitarbeiten, nicht mit einer späteren Anstellung im öffentlichen Dienst rechnen könnten.

Aber es kommt noch schlimmer: Der bayerische Verfassungsschutz operiert an den Schulen des Freistaates. Das gibt sogar Innenminister Seidl zu. Eltern sollen Klagen über "extremistische Aktivitäten" in Schulen an das Innenministerium herangetragen haben, die dann an den Verfassungsschutz weitergeleitet wurden. Gegen fünfzig Mitglieder von Schülergruppen wird derzeit ermittelt - während der letzten zehn Jahre waren es 200 Schüler. Seidl meint dazu, die Schulen dürften kein Freiraum für politischen Extremismus sein.

Der Überwachungsstaat ist perfekt - und es wurde sogar der Verdacht laut, daß Schüler angeworben werden, um ihre Kameraden zu bespitzeln. Man ist in Bayern auf dem besten Wege, die Schüler in einen "Einschüchterungs-Schraubstock" zu zwingen. Schon jedes Wort eines noch so jungen Menschen wird auf die Goldwaage gelegt - und dieses Wort in jungen Jahren kann ihm seinen Weg in die Zukunft verbauen.

Strauß hat es ja deutlich genug gesagt: "Wir haben fast alle Ziele erreicht, und da, wo wir unser Ziel noch nicht erreicht haben, werden wir die Voraussetzungen schaffen..."

Die Gefahr eines totalen CSU-Staates kann bei der Landtagswahl am 15. Oktober 1978 gebannt werden. Und angesichts dieses "Sündenregisters", dieser Liste von Skandalen und Affären der CSU wird diese Partei Federn lassen müssen. Ein Erfolg wäre, wenn es den Sozialdemokraten gelingt, die CSU wesentlich unter die sechzig Prozent zu drücken. Die bayerischen Sozialdemokraten können dabei zuversichtlich sein, da einmal die bundespolitische Ausgangslage nicht ungünstig ist und zum anderen die SPD heute im Freistaat mit einem hohen Maß an Geschlossenheit auftritt. (-/23.8.1978/ks/hqs)

"Holocaust" im Deutschen Fernsehen

Eine Sendereihe als Herausforderung an Schule und Erwachsenenbildung

Von Björn Engholm MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Ein erstaunliches medienpolitisches Faktum ist zu registrieren: Eine amerikanische Fernsehserie bewegt die medienpolitische Diskussion in der Bundesrepublik. Es handelt sich um die Serie "Holocaust", die von der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC produziert wurde und die in vier Folgen mit je 100 Minuten versucht, die Geschichte der Judenverfolgung im Dritten Reich am Schicksal einer jüdischen und einer deutschen Familie darzustellen. Intendanten, Programmdirektoren und Publizisten haben sich nun in den letzten Wochen mit der Frage beschäftigt, in welchem Programm und mit welchen Programmänderungen diese Serie in der Bundesrepublik ausgestrahlt werden soll. Im Augenblick scheint festzustehen, daß die vier Folgen in synchornisierter Fassung im Januar des nächsten Jahres vom Westdeutschen Rundfunk in seinem Dritten Fernsehprogramm ausgestrahlt werden. Zunächst gab es Überlegungen, die Serie im Gemeinschaftsprogramm der ARD auszustrahlen. Jetzt wird man erwarten können, daß sich zumindest einige weitere Dritte Fernsehprogramme an der Ausstrahlung beteiligen. Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber, daß die medienpolitische Diskussion um die Serie "Holocaust" ohne Berücksichtigung pädagogischer Erwägungen geführt wurde. Da es kaum mehr einen Zweifel gibt, daß die Beschäftigung mit unserer Vergangenheit in den Jahren zwischen 1933 und 1945 in der schulischen und außerschulischen Bildung zu kurz kommt, ist die geplante Ausstrahlung auch ein bildungspolitisches Faktum, das bei der weiteren Diskussion berücksichtigt werden muß.

Sieht man die wenigen Äußerungen von Personen, die die amerikanische Serie ganz oder teilweise gesehen haben, so ergibt sich folgender Eindruck: Die Serie vermittelt - dargestellt an dem Schicksal der Mitglieder einer jüdischen Familie - die historischen Fakten über die Judenverfolgung im Dritten Reich durchaus wahrheitsgetreu. Durch die dramaturgische Aufarbeitung der Geschichte in Form einer Familienchronik kommt es aber zu einer stark verkürzten Darstellung, verkürzt insofern, als die historischen Hintergründe, gesellschaftlichen Bedingungen und ökonomischen Zusammenhänge des Nationalsozialismus und der Judenverfolgung nicht oder nur ansatzweise bzw. auf die bundesdeutsche, filmisch weniger vertraute Art, deutlich werden. So sehr es also prinzipiell

begrüßt werden muß, daß die Fernsehzuschauer in der Bundesrepublik durch die Ausstrahlung der amerikanischen Serie Gelegenheit bekommen sollen, sich mit dem Thema der Judenverfolgung auseinanderzusetzen, so sehr muß man auch die Frage stellen, was getan werden kann und getan werden muß, um dem deutschen Zuschauer ergänzende, vertiefende Informationen zu geben, die ihm die Einordnung der Geschichte der Familie Weis in das gesamte Bedingungs- und Begründungsfeld des deutschen Faschismus ermöglichen. Es ist sehr die Frage, ob einige ergänzende Dokumentationsendungen im Fernsehen ausreichen, um die Zuschauer von der Betroffenheit über das Schicksal der jüdischen Familie zu Erkenntnissen über diese Zusammenhänge zu führen.

Noch ist es Zeit, zu überlegen, was getan werden kann, um die im Zusammenhang mit der Ausstrahlung der Serie "Holocaust" wahrscheinlich eintretende Betroffenheit, Gesprächsbereitschaft, aber auch Abwehrreaktion durch ergänzende und vertiefende Angebote der Bildungseinrichtungen zu begleiten. Ich betrachte die Ausstrahlung der Serie "Holocaust" als eine Herausforderung an die Schulen und Einrichtungen der Weiterbildung in der Bundesrepublik.

Wie mehrere Modellversuche, u.a. im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, hinlänglich bewiesen haben, ist es durchaus möglich, bei günstiger Programmplatzierung und gründlicher Vorbereitung mit entsprechenden didaktischen Hilfestellungen ein dichtes Netz von Gesprächskreisen und Kursen der Weiterbildung im Zusammenhang mit einer Fernsehsendung zu organisieren. Zumindest die Menschen, die durch die Fernsehserie angeregt werden, sich weiter mit den Themen Judenverfolgung und Nationalsozialismus zu beschäftigen, sollten die Möglichkeit haben, sich vertiefend mit diesen Fragen auseinander zu setzen. In einer Zeit, in der kleine und sicher noch bedeutungslose Gruppen wieder offen die Zeit zwischen 1933 und 1945 verherrlichen und gefährliche Legenden über den Nationalsozialismus verbreiten, erscheint es mir dringend geboten, mehr zu tun, als nur "Holocaust" mit einigen ergänzenden Sendungen auszustrahlen.

Wer aber eine Verzahnung der Fernsehprogramme mit Angeboten der Weiterbildung will, muß auch wissen, daß diese im Interesse der Sache gründlich vorbereitet werden muß. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf mehrere Forschungsberichte des Adolf-Grimme-Instituts, die im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft erstellt wurden. Was nicht nur "Holocaust", das immerhin fast 100 Millionen Amerikaner gesehen haben, zu einer bildungs- und medienpolitisch sinnvollen Veranstaltung machen könnte, wäre die Erarbeitung kurzer prägnanter schriftlicher Unterlagen, die jeder Fernsehzuschauer zu den einzelnen Themen abrufen kann, die Bereitstellung didaktischer Materialien für Kursleiter der Weiterbildung, die Vorstellung der Sendung auf einführenden Seminaren für diese Tutoren sowie Informationen für die Fernsehzuschauer darüber, wo das nächste Kursangebot bereitgehalten wird. Ich meine also, es lohnt sich, noch einmal über diese Dinge nachzudenken und im Sinne einer solchen Medienverbundstrategie die Ausstrahlung notfalls neu zu terminieren.

(-/23.9.1978/ks/hys)